Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1917

177 (29.6.1917) Erstes Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert vierteljährlich 3.15 Mk., an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 90 Pfg. Auswärts durch die Post frei ins Haus gebracht viertelj. 3.27 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.

Redaktion u. Expedition: Ritterstraße Nr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Mit amtlichem Verkündigungsblatt. — Badische Morgenzeitung.

Anzeigen: die achtgespalt. Kolonelzeile oder deren Raum 25 Pf. Reklamezeile 1 Mk. an erster Stelle 1.20 Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeigen-Annahme: größere spätest. bis 12 Uhr mittags, kleinere spätest. bis 4 Uhr nachmittags. Fernsprechanschlüsse: Expedition Nr. 203. Redaktion Nr. 894.

114. Jahrg. Nr. 177. **Freitag, den 29. Juni 1917** Erstes Blatt.

Chefredakteur: Gustav Reppert; verantwortlich für Politik und Feuilleton: Gustav Reppert; für Baden, Lokales, Handel, Sport und Vermischtes: J. V.: Hermann Weick; für Inserate: Paul Kußmann Druck und Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Fregestraße 65/66, Tel.-Amt Uhland 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

Der schlimme Zirkel.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die knappe Zufuhr von Obst und Gemüse und die hohen Preise, die die Festsetzung von Höchstpreisen vielfach illusorisch machen, haben, besonders in den Großstädten, starke Erregung unter dem Publikum hervorgerufen. Es ist auch nur zu begreiflich, daß diese sich in erster Linie gegen die verantwortliche amtliche Kriegsorganisation, hier die Reichsgemüse- und Obststelle, wendet und daß die erneute ärgerliche Erfahrung, wonach mit der Festsetzung von Höchstpreisen die Ware gleichsam von dem Markt verschwindet, zu heftigen Angriffen gegen dieses System überhaupt führt.

Dagegen verteidigt der Vorsitzende der Reichsstelle für Gemüse und Obst gerade dieses System ganz energisch, und wenn man von ihm erfährt, in wie umfassendem Maße durch Lieferungsverträge die Erfassung der heimischen Bodenfrucht gesichert worden ist, wie sorgfältig jetzt durch Herstellung der nötigen Spannung zwischen Erzeuger-Groß- und Kleinhandelspreisen der Kampf gegen das Verschwinden der Ware geführt wird, wie rücksichtslos jetzt auch gegen unerlaubte Preissteigerungen und Zurückhaltungen jeder Art vorgegangen wird, so wird man ihm wohl grundsätzlich recht geben können. Im einzelnen freilich dürfte besonders in der Ueberwachung des kleinen Marktes noch vieles geschehen müssen.

Hier tritt Unverstand, Trotz und Eigennutz in unzähligen Fällen auf, die dann die Stimmung der kaufenden Großstadtmenge vergiften. Aber wir alle müssen eben doch den Verhältnissen, wie sie der Krieg nun einmal geschaffen hat, ins Auge sehen und dürfen nicht glauben, daß diese und jene gut gewählten Sündenböcke nun wirklich unsere ganze Last und Sorge mitwegnehmen könnten. Da ist z. B. in der Gemüse- und Obstversorgung nicht nur der schlimme Wettereinfluß — erst der lange Winter und dann die Dürre — durch den die berechtigten Erwartungen auf ein volles Ergebnis der sorgsam erweiterten Bestellungen, der vielen Tausenden von Lieferungsverträgen und der Verteilungsorganisationen enttäuscht wurden. Auch abgesehen davon gelangt nun einmal unsere gesamte Kriegswirtschaft allmählich in jenen bedenklichen Zirkel, den ich den „Ersatz des Ersatzes" nennen möchte. So sollen Obst und Gemüse heute nicht nur den Bedarf der Bevölkerung in Friedenszeiten decken, sondern dazu Ersatz leisten für die vielfachen Nähr- und Genußmittel, die heute nicht mehr zur Verfügung stehen. Also, wenn auch die Produktion aufs höchste gesteigert und die Verwertung aufs feinste organisiert ist, der gewaltig gestiegenen Nachfrage wird das Angebot nicht mehr entsprechen können. Für die kleine Brotration sollte erst die Kartoffel Ersatz bieten, dann die Kohlrübe für die Kartoffel und jetzt im Sommer das frische Gemüse womöglich für jene drei. Oder die Voraussicht, daß die im nächsten Winter zur Verfügung stehende Fettmenge noch geringer als im vorigen Winter sein wird, zwingt die Reichsstelle schon jetzt, für noch mehr Ersatz an Brotaufstrich durch Marmeladen zu sorgen. Die Massen, die da notwendig werden, sind ungeheuer. Man rechnet mit zweieinhalb Millionen Zentnern Kunsthonig, fünfeinhalb Millionen Marmeladen und einer halben Million Rübensaft. Wenn nun auch eine Beschlagnahme des zur Marmeladenfabrikation geeigneten Obstes nicht geplant ist, so ist doch klar, daß für den Frischobstmarkt nicht mehr so viel übrig bleibt, wie man trotz der hindernden Witterungseinflüsse sonst immer annehmen müßte.

Wie eine schmerzliche Ironie müssen wir ja auch das Wirken des circulus vitiosus des Ersatzes für den Ersatz in den Einschränkungsbestimmungen für Gas und elektrische Beleuchtung spüren. Die Steigerung des Elektrizitätsverbrauchs ist nämlich gewaltig gestiegen, im Mai 1917 gegen Mai 1916 um etwa 70 %. Denn es mußte eben Ersatz gefunden werden für das mangelnde Petroleum. Unsere Werke sind nun aber der gesteigerten Anforderung am Material und Personal — ganz abgesehen von der schwierigen Kohlenbeschaffung — auf die Dauer auch nicht mehr gewachsen und da wir auf der Suche nach weiterem Ersatz nichts mehr finden, bleibt nichts anderes übrig, als die glatte Einschränkung. Das wird auch sonst immer mehr das letzte Glied von den verschiedenen Ersatzketten sein. Oder etwas tröstlicher ausgedrückt, immer mehr werden wir für ein materielles Ersatzmittel das moralische des tapferen Verzichtes setzen müssen. Davor wir uns nur hüten müssen, das ist eine allzu heftige Jagd nach Sündenböcken und allzu überschwänglichen Organisationshoffnungen, womit natürlich nicht gesagt werden soll, daß nicht unausgesetzt an der praktischen Verbesserung unserer Kriegswirtschaft gearbeitet und ebenso rastlos nach neuen Möglichkeiten gesucht werden müßte. Die Einsicht in die Möglichkeit und darum der feste Wille zum Durchhalten werden bei einem mündigen Volke aber besser gestärkt, wenn man es hart und tapfer der Wirklichkeit in die Augen schauen läßt, als wenn man immer wieder Schuldfragen aufrührt oder auch durch voreilige Ernteschätzungen Hoffnungen erregt, deren Enttäuschung dann doppelt herb auf die Stimmung fallen muß.

Ministerkrise in Italien.

H. Aus Berlin wird uns gedrahtet:

Will es in Italien endlich tagen? Die Meldungen über eine neue, schwere Ministerkrise, die soeben über Lugano zu uns gelangen, lassen die Möglichkeit zu. Andererseits warnen uns aber die Erfahrungen zweier Jahre, die Macht der um ihre eigene Zukunft verzweifelt kämpfenden Kriegsparteien zu unterschätzen, zumal sie durch englisch-amerikanisches Geld und französische Phrasen noch immer gestärkt werden. Offenbar haben die letzten Geheimsitzungen der Kammer verschiedenen Rednern, die sich bisher scheuten, offen ihrer Meinung Ausdruck zu geben, die Zunge gelöst, und dadurch ist endlich einmal die wahre Meinung des Volkes, wenn auch noch nicht an das ganz offene Licht des Tages hervorgetreten.

Nach den Geheimsitzungen haben wohl die verschiedenen Kriegsparteien auf der Rechten wie auf der radikalen Linken ihren Terrorismus erschüttert gefühlt und machen nun eine letzte Kraftanstrengung, um das ihnen zu besonnen werdende Koalitionsministerium Boselli-Sonnino zu stürzen und womöglich einen der ihrigen an die Stelle zu bringen. Ob ihnen das gelingen wird, ist zum mindesten zweifelhaft, wie man aus einem Artikel der „Stampa" entnehmen kann. Das Blatt zeigt sich sehr erfreut, daß die Geheimsitzungen der Kammer das Gute gehabt haben, den Wahn, unter dem eine kriegspolitische Erpresserbande bisher das Land gehalten habe, zu brechen. Das Land habe sich wiedergefunden. Der Interventionismus sei in seine Grenzen zurückgewiesen, und ein Mann, nämlich Giolitti, werde wegen seines lautersten Patriotismus überschwenglich gefeiert, auf den die Interventionisten als Kriegshetzer bisher ihren meisten Zorn ausgeschüttet haben. Das Ministerium verdiene Lob, weil es durch seine Haltung gezeigt habe, daß es nicht gesonnen sei, der Wahnsinnspolitik der Interventionisten zu folgen. Das Land wolle sein Geschick nicht mit dem von Leuten verbinden, die von einer allgemeinen Verwirrung die Vergessenheit ihrer Schuld erhoffen.

So weit die „Stampa". Dem gegenüber laden die Hetzblätter, besonders „Popolo d'Italia" zu einem neuen Kongreß der Kriegsfreunde in Rom ein, der offenbar wieder zu einer Mobilmachung des Pöbels gegen das Parlament führen soll. Dabei wird aber abzuwarten sein, wie sich dieses Mal das Bürgertum, das reichlich kriegsmüde ist, dazu verhalten wird.

Regierungsfeindliche Strömungen in Italien.

(Eigener Bericht.)

r. **Von der schweizerischen Grenze,** 28. Juni. Der römische „Messaggero" veröffentlicht während der Tagung der Geheimsitzungen einen Aufsehen erregenden und auch in andern Blättern wiedergegebenen Artikel des Abgeordneten Ciccotti, der in dem Rufe nach einem Manne gipfelt, der die Geschicke des Landes mit diktatorischer Gewalt zum Siege führe.

Die reform-sozialistische Partei Roms hat eine Tagesordnung angenommen, worin die Notwendigkeit einer siegeszuversichtlicheren Regierung betont wird, die sich mehr nach dem Parlament richte und engere Fühlung mit dem Volke unterhalte. Nur in diesem Falle werde die Partei die Teilnahme ihrer Mitglieder an der Regierung billigen und das Kabinett unterstützen können.

Eine deutsche Stimme zum neuesten Beschluß der Arbeiter- und Soldatenräte.

(Eigener Drahtbericht.)

f. **Köln,** 28. Juni. Die „Köln. Ztg." meldet aus Berlin: Der mitgeteilte Beschluß des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte von Rußland kennzeichnet sich durch die Entschiedenheit, womit er die Notwendigkeit betont, in den Ländern der Verbündeten Rußlands die Widerstände gegen die bisher von diesen Regierungen verkündeten Kriegsziele zu verstärken. Betont er doch ausdrücklich den Aufwand an Kraft und Entschiedenheit, den die Demokratien der kriegführenden Länder in ihrem Einspruch gegen die usurpatorischen Kriegsziele an den Tag legen. Das muß sich vor allem gegen das von Ribot verkündete Ziel des an Elsaß-Lothringen zu verübenden Raubes richten. Hier haben die Abordnungen, die der Kongreß in die alliierten Länder zu entsenden beschlossen hat, ein Thema, das sie vor allem nachdrücklich behandeln müssen, wenn sie im Geist des Kongresses und des neuen Rußland handeln wollen.

Wenn der Kongreß sich so feierlich gegen „usurpatorische Kriegsziele" und die Bedeutung eines Sonderfriedens für solche verwahrt, so liegt es nahe, an die in der „Nordd. Allg. Ztg." vom 14. April d. J. veröffentlichte Kundgebung der deutschen Regierung zu erinnern, worin es heißt: „Weder in unserem Wunsche noch im Interesse der Mittelmächte liegt es, daß das russische Volk aus den Kämpfen erniedrigt oder in seinen Lebensbedingungen erschüttert hervorgehe." Weiter ist darin gesagt: „Wenn das russische Volk noch weiter blutet und leidet, statt sich ruhig und ungestört dem inneren Ausbau seiner Freiheit zu widmen, ist nicht Deutschland daran schuld. Die Schuld liegt dort, wo das Interesse am Fortgang des Krieges besteht." Und zugleich heißt es dort: „Das russische Volk wird — niemand wird es anders erwarten — den Verpflichtungen gegen seine Verbündeten treu bleiben. Aber das russische Volk soll wissen, daß seine Söhne noch weiterhin kämpfen und sterben müssen, weil seine Verbündeten es so wollen, um ihre eigenen Eroberungs- und Annexionspläne durchzusetzen."

Die feierliche Verwahrung in dem Beschluß des Kongresses kennzeichnet sich somit als eine Folge der Irreführung durch die Ententepresse. Im übrigen ist über die Stellung Deutschlands zur Friedensfrage nichts Neues zu sagen. Wo die Hindernisse liegen, infolge deren man heute noch nicht eine Grundlage für eine Verständigung gefunden hat, könnte in Rußland bei allen Einsichtigen bekannt sein.

England begünstigt eine Gegenrevolution in Rußland.

(Von unserem Korrespondenten.)

⊙ **Haag,** 26. Juni. Obwohl die Rodzianko, Lwoff, Kerenski und Terestschenko, welche die innere und äußere Politik des heutigen Rußland leiten, ausgesprochene Engländerfreunde und Deutschenhasser sind, die nichts sehnlicher herbeiwünschen, als die Fortsetzung des Krieges, intrigiert England doch augenblicklich wieder zugunsten einer monarchischen Gegenrevolution. Daran kann nach Berichten, welche den hiesigen politischen Kreisen aus London zugehen, kein Zweifel mehr sein. Der britische Botschafter in Petersburg, Sir George Buchanan, unterstützt von dem außerordentlichen amerikanischen Abgesandten Elihu Root, hat sich wieder mit den Führern der monarchischen Parteien in Verbindung gesetzt. Doch soll nicht Nikolaus II. wieder eingesetzt, sondern vielmehr der Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch als Diktator oder Zar zum Herrscher Rußlands gemacht werden. Von ihm allein erwarten die Engländer die Wiederaufnahme der so heißbegehrten Offensive im Osten, während sie der heutigen provisorischen Regierung zwar den Willen, nicht aber die Kraft dazu zutrauen. Angesichts der zunehmenden russischen Intrigen in Petersburg wird man sich auf baldige neue Ueberraschungen im ehemaligen Zarenreiche gefaßt machen müssen.

Gewaltsame Intervention das einzige Mittel zur Sanierung Rußlands.

(Eigener Bericht.)

r. **Von der schweizerischen Grenze,** 28. Juni. Der Korrespondent der „Morning Post" in Petersburg vertritt die Ansicht, der gespannten Lage in Rußland könne nur durch gewaltsames Einschreiten ein Ende gemacht werden, wobei reichliches Blutvergießen unvermeidlich sei. Es finde sich indessen keine Behörde, die dieses gewalttätige, aber einzig wirksame Mittel anwenden wolle. Die Gegenwart der Kosaken allein genüge nicht, um eine Entspannung der Lage herbeizuführen.

Keine russischen Botschafter, sondern außerordentliche diplomatische Missionen für Paris u. London.

(Eigener Drahtbericht.)

Bern, 28. Juni. Nach einem Sonderbericht des „Temps" aus Petersburg erklärte Terestschenko über die diplomatische Vertretung in Frankreich und England, Rußland werde einstweilen keine Botschafter für Paris und London ernennen, sondern es würden außerordentliche diplomatische Missionen wie die nach den Vereinigten Staaten entsandt werden, zusammengesetzt aus Vertretern der verschiedensten politischen Strömung, die als wirkliche Dolmetscher der Gefühle des ganzen russischen Volkes beglaubigt werden sollen. (W.B.)

Die Frage einer russischen Offensive.

(Eigener Drahtbericht.)

Basel, 28. Juni. „Daily News" berichtet aus Petersburg: Der vorbereitende Ausschuß des allrussischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte hat beschlossen, die Entscheidung über die Wiederaufnahme einer Offensive an die im Herbst zusammentretende konstituierende Versammlung zu überweisen. (W.B.)

r. **Von der schweizerischen Grenze,** 28. Juni. Die „Basl. Natl.-Ztg." erörtert die Möglichkeit einer russischen Offensive. Sie kommt dabei zu folgendem Schluß: „Die Voraussetzungen für eine bedeutende Offensive scheine uns nicht gegeben, ja vorerst ist überhaupt noch nicht abzusehen, ob und wann sie wieder vorhanden sind. Größere lokale Aktionen einzelner Heeresteile hingegen sind recht wahrscheinlich."

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 10 Seiten.

Kindersegen.

Auf dem Schlachtfelde von Mars-la-tour, an der Stelle, wo nach 1870 der deutsch-französische Grenzstein errichtet war, haben die Franzosen zum Gedächtnis ihrer gefallenen Helden ein Denkmal errichtet, das bei aller schlichten Schönheit doch für den französischen Volkscharakter außerordentlich kennzeichnend war: Ein sterbender französischer Krieger, der in die geöffneten Arme seiner Mutter Frankreich zurücksinkt. Aber neben ihm ein Knabe, ein Kind noch, das doch schon mit haßerfülltem Blick nach Deutschland herüber das Gewehr ergreift, das dem Toten aus der Hand sinkt. Der Revanchegedanke also, wie er in der jüngeren französischen Generation bewußt großgezogen ist, und wie er nach diesem Kriege für mindestens ein weiteres halbes Jahrhundert in unverminderter Stärke fortleben wird. Haß und Rache, das sind die Empfindungen, die in Frankreich künftig für uns gedeihen werden, da könnten wir uns Mühe geben mit Entgegenkommen und Freundlichkeiten, so viel wir wollen. Auch nach diesem Kriege wird die Zeit des ewigen Friedens nicht anbrechen, wir werden vielmehr auch weiterhin zur Abwehr hinterlistiger Ueberfälle bereit sein müssen.

Um so notwendiger ist es für uns, die Lücken auszufüllen, die dieser furchtbare Krieg auch in unsern Reihen gerissen hat. Man hat unsere Zeit das Jahrhundert des Kindes nennen wollen; wenn das bisher vielleicht nicht richtig war, nach dem Kriege wird es sicher richtig sein. Denn das Problem der Förderung des Nachwuchses ist schon aus nationalen Gründen eines der wichtigsten von den vielen, die wir zu lösen haben werden. Freilich, so ganz einfach wird das nicht sein. Unsere Bevölkerungszunahme, die zuletzt fast dreiviertel Millionen jährlich betrug, war eigentlich nur noch eine relative. Sie entstand dadurch, daß infolge der verbesserten Hygiene die Sterblichkeitsziffer zurückging, baute sich also nicht mehr auf der natürlichen Grundlage eines Geburtenüberschusses auf. Und es ließ sich unschwer nachrechnen, wann auch für uns der Augenblick gekommen sein müßte, an dem Geburten und Todesfälle sich das Gleichgewicht hielten, wir also zu ähnlichen bedauerlichen Stagnationserscheinungen gelangten wie Frankreich, während die naturkräftigen Völker Rußlands mit ihrem Kinderreichtum uns immer mehr überflügelten.

Es ist selbstverständlich, daß man schon früher dieser Frage Beachtung geschenkt hat. Bereits 1912 hat das preußische Ministerium des Innern eine Denkschrift ausgearbeitet, die sich auf den Ermittlungen der einzelnen Landesbehörden aufbaute und auch praktische Vorschläge zur Bekämpfung des Geburtenrückganges machte. Der Krieg hat die Arbeit ins Stocken gebracht, sie muß aber möglichst bald wieder aufgenommen und auf sehr viel breiterer Grundlage fortgesetzt werden. Mit kleinen Mittelchen ist da nichts getan. Gewiß kann eine Besoldungsreform viel tun. Gewiß ist durch andere gesetzgeberische Maßnahmen viel zu erreichen. Aber das letzte und notwendigste können wir nur erwirken, wenn der Geist geändert wird, auf dem die staatliche Einschätzung der Familien bisher beruhte. Es war der grundlegende Fehler, daß der Staat um die Lebensbedingungen seiner Beamten sich viel zu wenig kümmerte. Er kannte den Beamten immer nur als Person und fühlte nicht die Verpflichtung in sich, bei der Bezahlung des Beamten auch die Familienverhältnisse zu berücksichtigen. So erhält der Junggeselle das gleiche Gehalt wie der kinderreiche Familienvater. Und die notwendige Folge? Der Kinderreichtum wurde zurückgedrängt, weil die Erziehung mit den vorhandenen Mitteln nicht zu bestreiten war. Die freien Berufe sind den gleichen Weg gegangen. Man hat nirgends auch nur den Versuch gemacht, einen Ausgleich zu schaffen, der die Ernährung und Fortbildung einer großen Kinderzahl dem Einzelnen ermöglicht. Schwächliche Ansätze einer Bevorzugung bei der Steuer können dafür keinen Ausgleich schaffen. Erst wenn wir in irgend einer Form nach französischem Muster zu Kinderprämien kommen, die dem Familienvater die Sorge um seinen Nachwuchs erleichtern, erst dann werden wir auf dem richtigen Weg sein. Das mag für einzelne Junggesellen, die durch unglückliche Verhältnisse noch für arme Verwandte sorgen müssen, eine Ungerechtigkeit bedeuten. Für den Staat als Ganzes aber ist diese Differenzierung des Gehaltes eine Notwendigkeit, denn wir brauchen Hunderttausende kräftiger junger Hände, brauchen sie schon, um das Ausfallen einer ganzen Generation wieder auszugleichen; wir brauchen sie ebenso sehr im friedlichen Wettkampf um die Weltmacht, wie — wenn es noch einmal notwendig sein sollte — zur Verteidigung unserer heimischen Erde.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Zweite Ausgabe des Tagesberichts.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 28. Juni, abends. (Amtlich.)

Im Westen außer vormittägiger lebhafter Gefechtstätigkeit an der Straße Lens—Arras nichts Besonderes.

Im Osten ist die Lage unverändert.

Der gestrige Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, den 28. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Schwere Fernfeuerbatterien beschossen gestern mit beobachteter Wirkung die englisch-französische Hafenfestung Dünkirchen. Mehrere Schiffe liefen eiligst aus. Als Erwiderung wurde vom Feinde Ostende unter Feuer genommen. Militärischer Schaden entstand nicht.

In den englischen Gräben an der Küste verursachte eine Beschießung durch unsere Artillerie und Minenwerfer starke Zerstörungen.

Nach ruhigem Vormittag nahm gegen Abend die Feuertätigkeit in einigen Abschnitten der flandrischen und Artoisfront ziemliche Heftigkeit an.

Südöstlich von Nieuport wurde von unsern Stoßtrupps ein belgischer Posten aufgehoben; bei Hooge schlug ein feindlicher Erkundungsvorstoß fehl.

Südlich der Straße Cambrai-Arras erlitten die Engländer bei Säuberung eines Grabens durch westfälische und rheinische Stoßtrupps erhebliche Verluste an Gefangenen und Toten.

Im Vorfeld unserer Stellungen nördlich von St. Quentin entspannen sich mehrfach kleinere Gefechte unserer Posten mit englischen Abteilungen.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz.

An einzelnen Stellen nördlich der Aisne, nördlich von Reims und in der Westchampagne kam es zu lebhaften Artilleriekämpfen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht:

Am Hartmannsweilerkopf machten Erkunder eines württembergischen Regiments durch Einbruch in die französischen Gräben eine Anzahl Gefangene.

Oestlicher Kriegsschauplatz

An der ostgalizischen Front dauert die rege Feuertätigkeit an.

Mazedonische Front:

Keine besonderen Ereignisse.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Erfolgreiche Kämpfe an der Westfront.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 28. Juni. Die flandrische Front stand am 27. Juni im Zeichen schwerer Fernfeuerkämpfe. Die deutsche Beschießung des Hafens von Dünkirchen und des Bahnhofes Adinkerke war von außerordentlicher Wirkung. Zahlreiche Treffer wurden beobachtet. Die Engländer versuchten, mit 31 Zentimeter-Geschütz auf Ostende zu antworten, es wurde jedoch kein gefährlicher Schaden angerichtet. Nur ein Belgier wurde verletzt. Bereits nach dem ersten Schuß wurde das englische Geschütz von deutschen Fernbatterien unter Feuer genommen und zum Schweigen gebracht.

An verschiedenen Stellen der Front wurden die feindlichen Gräben unter zusammengefaßtes Artillerie- und Minenfeuer genommen; schwere Beschädigungen konnten festgestellt werden. Die englische Gegenwirkung war gering. Bei dem Versuch, die deutsche Artillerie zum Schweigen zu bringen, wurden die britischen Batterien von den deutschen unter Feuer genommen und eingedeckt. Bei guter Sicht wurde das Feuer von den deutschen Artillerie-Fliegern in vorbildlicher Weise geleitet. Es konnten zahlreiche Explosionen in den englischen Batteriestellungen festgestellt werden.

Südlich von Nieuport und nördlich von Ypern sowie bei La Bassée-Ville wurden Gefangene eingebracht. Bei Fontaines wurde das in den Kämpfen der letzten Tage noch in englischer Hand gebliebene kleine Grabenstück durch Stoßtrupps eines rheinisch-westfälischen Regiments gesäubert. Während das Artillerie-Sperrfeuer die Verbindung nach rückwärts abschnitt und die Maschinengewehre in hervorragender Weise von der Flanke wirkten, wurde die Besatzung von den Stoßtrupps angepackt und überwältigt. Die blutigen Verluste der Engländer waren erheblich. Die überlebenden zwei Offiziere und 62 Mann wurden gefangen genommen.

An der Aisnefront hielt sich die französische Artillerietätigkeit in mäßigen Grenzen und war lediglich gegen die neueroberten deutschen Stellungen bei Vauxaillon und Laffaux teilweise lebhafter. Die deutschen Batterien bekämpften erfolgreich die französischen Artillerie-Stellungen und nahm die feindlichen Gräben mehrfach unter Wirkungsfeuer.

Südlich von Reims und in der Westchampagne war bei guter Sicht der Artilleriekampf erheblich. Auf französische Ansammlungen in den vorderen Gräben wurde mehrfach Vernichtungsfeuer gelegt. (W.B.)

*

Fliegerleutnant Almenröder gefallen.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 28. Juni. Leutnant Almenröder, einer der Besten der Jagdstaffel Richthofen, ist am 27. ds. Mts. im Luftkampf an der Westfront gefallen. Aus dem Feldartillerie-Regiment Nr. 62 hervorgegangen, in dem er am 30. März 1915 erst 19jährig zum Offizier befördert wurde, trat er am 29. März 1916 in die Fliegertruppe ein. Am 8. Juni 1916 erwarb er sich das Flugzeugführerabzeichen. Trotz seiner großen Jugend wurde er einer der besten unserer Jagdflieger und würdig seines Lehrmeisters und Staffelführers. Am 19. ds. Mts. mit dem Ritterkreuz des Hohenzollernordens mit Schwertern und am 14. mit dem Orden Pour le mérite ausgezeichnet, nannte ihn der Heeresbericht vom 26. auch als Sieger über das 30. feindliche Flugzeug. Schon einen Tag später traf ihn die Kugel. Ein junges Heldenleben ist ausgelöscht, aber er wird in unserer aller Herzen fortleben als einer der besten Söhne unseres Vaterlandes. (W.B.)

Amerikanische Hilfstruppen.

(Eigener Drahtbericht.)

Haag, 28. Juni. Das Reutersche Büro meldet aus London, daß in einem französischen Hafen die erste Transportflotte mit amerikanischen Truppen für den Dienst an der französischen Front angekommen sei. (W.B.)

*

London, 28. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Es wird bekannt gemacht, daß der Befehlshaber und zwei Mann von der Besatzung des Zeppelin, der am 16. Juni herabgeschossen wurde, lebend herunterkamen und gefangen genommen wurden. Die zwei Mann waren schwer verwundet, so daß man an ihrem Aufkommen zweifelte. Aber sie sind am Leben geblieben. (W.B.)

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 28. Juni. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Im galizischen Frontabschnitt nördlich des Dnjestr war die feindliche Artillerie anhaltend lebhaft tätig. Aufklärungsabteilungen des Gegners versuchten an mehreren Stellen vergeblich vorzugehen. Einige erfolgreiche Luftkämpfe.

Italienischer Kriegsschauplatz:

Außer den gemeldeten Gefangenen wurde bei der Wiedereroberung des Monte Ortigara 52 Maschinengewehre, 2 Minenwerfer, 7 Geschütze und 2000 Gewehre erbeutet. Hauptmann Heynowsky hat am 26. Juni über dem Wippachtal zwei Flieger abgeschossen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz:

Unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

Der österreichische Ministerpräsident über die Friedensfrage.

Wien, 28. Juni. (Abgeordnetenhaus.) Das Haus nahm die Vorlage betreffend die Mandatsverlängerung bis zum 31. Dezember 1918 an. In der Verhandlung über die Anfragen der Abgeordneten Daszynski, Dr. Stojan und Hruban an die Regierung über die Vorbereitungen für eventuelle Friedensverhandlungen erklärte Ministerpräsident Ritter v. Seidler nach einer Rücksprache mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten: Die Annahme des Antrages Daszynski, als ob die österreichisch-ungarische Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als die Grundlage für einen dauerhaften Frieden anerkannt hätte, ist irrtümlich. Die österreichisch-ungarische Regierung steht auf der Grundlage des Staatsgrundgesetzes, wonach es dem Kaiser vorbehalten ist, Frieden zu schließen, somit dem Monarchen die Wahrung der Interessen und Bedürfnisse der Völker Oesterreichs in jenen entscheidenden Augenblicken anvertraut erscheint. Unter dieser ausdrücklichen Verwahrung der Hoheitsrechte der Krone ist die österreichisch-ungarische Regierung jederzeit bereit, im Einvernehmen mit den Bundesgenossen auf der Basis eines ehrenvollen Friedens mit dem Feinde in Verhandlungen zu treten. Sie lehnt jedoch entschieden jede andere Grundlage für die Friedensverhandlungen ab. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten brachte unsere Bereitwilligkeit zu einem ehrenvollen Friedensschlusse, welcher die Garantien einer freien und gesicherten Entwicklung der Monarchie enthält, offen zum Ausdruck. Hierüber kann auch bei unseren Feinden kein Zweifel herrschen. Solange unsere Feinde diesen Standpunkt der österreichisch-ungarischen Regierung und unserer Verbündeten nicht annehmen, werden wir weiter kämpfen in dem festen Vertrauen, daß die heldenmütigen Leistungen unserer Armeen, verbunden mit der aufopferungsvollen Tätigkeit des Hinterlandes, den Tag bringen werden, an welchem den Völkern der Monarchie der Lohn ihres Ausharrens durch einen ehrenvollen Frieden gesichert wird. (Beifall.) Die von wahrer Menschlichkeit getragenen Absichten, welche aus den vorliegenden Anfragen sprechen, und die die volle Würdigung der österreichischen und der ungarischen Regierung erfahren, dürfen wohl als ein Beweis dafür angesehen werden, daß die auf die Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens gerichtete Politik der Mittelmächte in der Auffassung des Hauses und in dem Willen der österreichischen Völker eine kraftvolle Stütze findet. (Beifall.) (W.B.)

Wien, 28. Juni. (Eig. Drahtber.) Das Abgeordnetenhaus setzte die Verhandlungen über die Anfragen betr. die Friedensfrage fort.

Im Justizausschuß des Abgeordnetenhauses erklärte der Leiter des Justizministeriums, die Regierung habe gegen die Aufhebung der Militärgerichte nichts einzuwenden. Die Regierung hat einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht. — Der Justizausschuß nahm einstimmig einen Antrag, den Verordnungen betr. Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit die Genehmigung zu verweigern, an. (W.B.)

Die Parteiführer des Abgeordnetenhauses beim Kaiser.

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 28. Juni. (Meldung des K. K. Büros.) Der Kaiser empfing heute vormittag die Parteiführer des Abgeordnetenhauses in besonderer Audienz, und zwar die Führer des Deutsch-nationalen Verbandes, der Christlich-Sozialisten, der Polen, der Südslawen. Im Verlaufe des Tages sollen die Vertreter der Rumänen und der Italiener vom Kaiser empfangen werden. (W.B.)

Graf Esterhazy in Wien.

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 28. Juni. Wie die „Neue Freie Presse" meldet, ist der ungarische Ministerpräsident Graf Esterhazy heute in Wien eingetroffen. Mittags hatte er eine lange Unterredung mit dem deutschen Botschafter Grafen Wedel. (W. B.)

Wahlrechtsdemonstration in Budapest.

Budapest, 28. Juni. (Ung. Corr.-Büro.) Gestern abend veranstalteten die sozialistischen Arbeiter im Hofe des Stadthauses eine Volksversammlung, wobei sie die Forderung nach dem allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrecht betonten. (W.B.)

Budapest, 28. Juni. Die Wahlrechtsdemonstration, an der etwa 20000 Menschen teilnahmen, richtete sich vor allem gegen den Klub der Tisza-Partei. Im übrigen verlief die Kundgebung sehr ruhig. (W.B.)

Der türkische Bericht.

(Eigener Drahtbericht.)

Konstantinopel, 28. Juni. Nach dem amtlichen Heeresbericht vom 28. ds. Mts. wurden an der Sinaifront am 25. Juni 3 englische Flugzeuge abgeschossen. (W.B.)

England.

Folgen des Schiffsraummangels.

(Eigener Drahtbericht.)

Bern, 28. Juni. Einem Londoner Bericht des „Bund" zufolge erklärte der leitende Staatsmann in Neu-Südwales, Holman der britischen Regierung, daß die für England bestimmten, in Neu-Südwales lagernden 1,5 Millionen Bushels Getreide Gefahr laufen, von den Feldmäusen aufgefressen zu werden, wenn nicht schleunigst Fahrzeuge zur Ueberführung nach England beschafft werden. Die Getreidemengen stellen einen Wert von 375000 Shillings dar. (W.B.)

Die Unruhen in Irland.

(Eigener Drahtbericht.)

Rotterdam, 28. Juni. „Times" melden aus Dublin, daß die jüngsten Unruhen in Irland auf die Unionisten den Eindruck gemacht haben, daß die Regierung in ihrem Bestreben, eine günstige Stimmung für den irischen Nationalkonvent zu schaffen, darauf verzichtet hätte, Ordnung und Gesetz energisch aufrecht zu erhalten. (W.B.)

Der verfehlte Feldzug in Mesopotamien.

Amsterdam, 28. Juni. „Handelsblad" meldet aus London vom 27. ds.: Der Kommissionsbericht über den Feldzug in Mesopotamien hat großen Eindruck gemacht und allgemein fordert man die Bestrafung der Schuldigen. Die Northcliffepresse richtet ihre Angriffe gegen das Koalitionskabinett von Asquith, obwohl außer Asquith alle Minister der früheren Koalition dem heutigen Kabinett angehören. (W.B.)

Englische Bombenwürfe auf den Oelberg.

(Eigener Drahtbericht.)

h. **Wien,** 28. Juni. Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, haben englische Flieger es fertig gebracht, ungefähr 70 Bomben auf den Oelberg bei Jerusalem zu werfen. Die Untat zeigt von neuem, wie wenig Rücksicht die Engländer auf die allen Christen heilige Stätte nehmen.

*

Holland.

(Eigener Drahtbericht.)

Rotterdam, 28. Juni. Hier wurden 12000 Tonnen Kartoffeln für England verladen, obgleich die holländische Bevölkerung ohne Kartoffeln ist. Infolgedessen finden Stürme auf die Leichter statt, welche die Kartoffeln zu den Schiffen bringen.

Frankreich.

Ein neuer Generalstabschef.

(Eigener Drahtbericht.)

Bern, 28. Juni. Wie „Petit Parisien" meldet, ist Brigadegeneral Vidalen, bisheriger Kabinettschef im Kriegsministerium, zum Generalstabschef der französischen Armee ernannt worden. (W.B.)

Eine republikanische Liga.

Basel, 28. Juni. Havas meldet aus Paris: Der „Petit Parisien" glaubt zu wissen, daß eine neue politische Gruppe, die den Namen Republikanische Liga annehmen wird, sich in der Kammer bilden werde. Mehrere Deputierte hätten schon ihre Zustimmung gegeben, besonders Accambray, Laval und Caillaux.

Eine neue Kundgebung des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte.

Petersburg, 28. Juni. (Petersb. Telegr.-Ag.) Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands hat sich mit überwiegender Mehrheit für eine von den revolutionären und minimalistischen Sozialisten vorgeschlagene Entschließung ausgesprochen, in der die Ansicht zum Ausdruck gebracht wird, daß der Kampf für schnellste Beendigung des Krieges die wichtigste Aufgabe der revolutionären Demokratie darstellt, daß die Beendigung des Krieges durch die Niederlage einer der kriegführenden Parteien und der Abschluß eines Sonderfriedens oder eines Sonderwaffenstillstandes zurückzuweisen ist.

Der Kongreß hält es für unerläßlich, daß die revolutionäre russische Demokratie einen Aufruf an die Demokratie aller Mächte richtet, damit diese den Wahlspruch „Frieden ohne Annexionen u. Entschädigungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker" annehme, daß sie zu allen Maßnahmen zur schnellsten Wiederherstellung der revolutionären Internationale und zur Einberufung eines internationalen Sozialistenkongresses zur Ausarbeitung endgültiger Friedensbedingungen beitrage und die Demokratie aller kriegführenden Länder auf den Mangel an Entschlossenheit in ihrem Einspruch gegen die letzten Erklärungen ihrer Regierungen über die usurpatorischen Kriegsziele hinweise.

Er hält es für unerläßlich, sofort Abordnungen in die alliierten und neutralen Länder zu schicken und Abordnungen aller sozialistischen Parteien dieser Länder nach Rußland einzuladen. Er erhebt bestimmten Einspruch gegen die Schwierigkeiten, die die imperialistischen Regierungen der Entsendung solcher Abordnungen entgegengestellt haben.

Der Kongreß bezeichnet es als unerläßlich, daß die Regierung baldmöglichst alle in ihrer Macht liegenden Maßregeln ergreift, um die Rußland alliierten Mächte für dieses Programm zu gewinnen und um die Nachprüfung der Verträge mit den Alliierten und den ausdrücklichen Verzicht auf jede usurpatorische Politik zu beschleunigen. Hierfür sei die schleunigste Erneuerung des Personals des Ministeriums des Aeußern und des diplomatischen Korps notwendig.

Der Kongreß spricht sich schließlich für die Verstärkung der Kampfkraft der russischen Armee aus und ist der Ansicht, daß die Frage der Offensive ausschließlich vom Standpunkt rein militärischer und strategischer Erwägungen aus gelöst werden müsse. (W.B.)

Eine Abordnung der Arbeiter- und Soldatenräte nach Stockholm, Frankreich und England.

Petersburg, 28. Juni. (Petersb. Tel.-Ag.) Der Vollzugsausschuß des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats hat in Uebereinstimmung mit dem Bureau des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands beschlossen, demnächst eine Abordnung nach Stockholm und nach Frankreich und England zu senden, um so bald als möglich die Berufung einer internationalen Konferenz auf der Grundlage des von dem Vollzugsausschuß angenommenen Programms vorzubereiten. Die Abordnung wird aus 6 Mitgliedern bestehen, deren Wahl von dem Kongreß aller Arbeiter- und Soldatenräte gutgeheißen werden soll. (W.B.)

Die Hauptabstimmung über Krieg oder Frieden.

Genf, 28. Juni. Wie der „Secolo" berichtet, findet die Hauptabstimmung des allrussischen Arbeiter- und Soldatenkongresses über die Frage von Krieg oder Frieden endgültig am 8. Juli statt.

Ein ganzes Geschwader der Ostseeflotte gegen die provisorische Regierung.

Berlin, 28. Juni. Nach Meldungen der „Voss. Ztg." habe sich das gesamte Linienschiffgeschwader der „Gangut"-Klasse, aus den vier neuesten und größten Kriegsschiffen der russischen Ostseeflotte bestehend, gegen die einstweilige Regierung in Petersburg erklärt.

Ein großer Transport mit amerikanischen Flugzeugen verloren. — Englische und französische Flugzeuge für Rußland.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Malmö,** 28. Juni. Wie „Rußki Invalid" berichtet, ist ein großer Transport mit amerikanischen Flugzeugen, der in diesen Tagen in Wladiwostok eintreffen sollte, nicht angelangt und überfällig. Wahrscheinlich ist er einem feindlichen Hilfskreuzer im Stillen Ozean zum Opfer gefallen.

Dasselbe Blatt meldet weiter, daß die russische Luftflotte durch weitere 200 französische und englische Apparate verstärkt worden sei. Leider seien in der [illegible] Zeit 29 russische Flugzeuge verloren gegangen, dabei die zwei besten russischen Flieger.

Die Stockholmer Konferenz.

(Von unserem Korrespondenten.)

⊙ **Haag,** 26. Juni. Die Leitung der niederländischen Sozialdemokratie hat nunmehr aus Stockholm die amtliche telegraphische Nachricht erhalten, daß sich am 12. Juli in der schwedischen Hauptstadt ein wichtiges Ereignis vollziehen wird. Am genannten Tage werden nämlich die offiziellen Delegierten des russischen Arbeiter- und Soldatenrates zum ersten Male mit den Delegierten der deutschen, österreichischen, ungarischen und bulgarischen Sozialdemokratie in Friedensbesprechungen eintreten. Alle Intrigen Englands und Frankreichs haben dieses in London und Paris gefürchtete Ereignis nicht zu verhindern vermocht.

Die Erklärungen der deutschen Minderheitssozialisten.

(Eigener Bericht.)

r. **Von der schweizerischen Grenze,** 28. Juni. Wie Mailänder Blättern über London gemeldet wird, ist der holländisch-skandinavische Ausschuß in Stockholm von den Erklärungen der deutschen Minderheitssozialisten über die Friedensbedingungen hochbefriedigt, da sie sich erheblich von denjenigen der Mehrheitssozialisten Deutschlands unterscheiden würden. Nach dem Gewährsmann der „Morning Post" unterscheidet sich das Programm der Minderheit nur hinsichtlich Polen und Elsaß-Lothringen von demjenigen der Mehrheit.

Spanien.

Die Krise in Spanien.

(Eigener Drahtbericht.)

Bern, 28. Juni. „Progrès de Lyon" meldet aus Madrid, auf Regierungsbefehl sei die Zeitung „Hombre Libero" wegen der Weigerung, die Bürstenabzüge der Zensur zu unterbreiten, verboten und der Direktor verhaftet worden. Man versichere, Dato werde die Einberufung des Parlaments verlangen, da dies das einzige Mittel sei, die augenblicklichen Schwierigkeiten beizulegen. (W.B.)

Der schweizerische Nationalrat.

Versorgung der Schweiz mit Rohstoffen und Lebensmitteln. — Der Fall Hoffmann-Grimm.

Bern, 28. Juni. (Schweiz. Dep.-Ag.) Vor überfüllten Tribünen begannen gestern im Nationalrat die Verhandlungen über den 6. und 7. Neutralitätsbericht des Bundesrats, bei welchem Anlaß der Fall Grimm-Hoffmann zur Sprache kommt. Nationalratspräsident Bühler eröffnete die Verhandlungen mit einer Ansprache, in der er feststellte, daß die Angelegenheit Hoffmann in denkbar kürzester Frist von der Schweiz erledigt worden, und daß frei von fremdem Druck alles geschehen sei, was die Neutralitätspflicht von der Schweiz fordere.

Der Präsident des Neutralitäts-Ausschusses, Hahn-Schaffhausen, erstattete Bericht über die politischen Angelegenheiten, vorerst über die bekannten Verhandlungen mit Deutschland und den Verbandsmächten über die Versorgung der Schweiz mit Rohstoffen und Lebensmitteln. Er erklärte, obwohl die beiderseitigen Abkommen mit Deutschland und mit den Verbandsmächten eine schwere wirtschaftliche Einschnürung der Schweiz bedeuteten, müßten sie mit Rücksicht auf die Weltlage als befriedigend angesehen werden. Der Redner sprach dann über das Verhältnis Amerikas zu der Schweiz und stellte fest, daß jetzt und in Zukunft die Verständigung mit Amerika und damit eine Sicherstellung des Landes mit den nötigsten Lebensmitteln erzielt werden könne.

Er kam sodann auf die Angelegenheit Hoffmann zu sprechen und gab eine Darstellung des Zustandekommens des Depeschenwechsels zwischen Grimm und Hoffmann. Die Kommission stelle mit Genugtuung und Freude fest, daß der Zwischenfall ohne die Einmischung des Auslandes erledigt und bis zur Stunde nicht der leiseste Verdacht einer Einmischung gemacht worden sei. Eine nachträgliche Einmischung müsse die Schweiz sich höflich, aber bestimmt verbitten. (Beifall.) Der Redner erörterte den Inhalt der Depesche Hoffmanns, die angeblich eine Unfreundlichkeit gegen die Entente bedeuten solle. Aus dem Wortlaut der Depesche Hoffmanns gehe denn auch mit aller Deutlichkeit hervor, daß er gar nicht an einen Sonderfrieden, sondern an einen allgemeinen Frieden dachte. Sein einziger Wunsch war, zum allgemeinen Frieden so viel wie möglich beizutragen. Eine unfreundliche Handlung gegen die Entente liege somit auf keinen Fall vor, und Hoffmann habe sicher nicht im entferntesten daran gedacht, daß sein Schritt als eine solch unfreundliche Handlung aufgefaßt werden könnte. Mit Entrüstung müssen wir den Vorwurf zurückweisen, Hoffmann habe als deutscher Agent gehandelt. (Beifall.) Hoffmann war einzig geleitet von banger Sorge um die Zukunft des Vaterlandes. Hoffmann hat durch seinen Rücktritt den Fehler gebüßt, daß einmal sein Herz über seinen Kopf Meister geworden ist. Unter Hinweis auf den Fall Ritter habe man in einem Teile des Auslandes und des Inlands ein System herstellen wollen. Die Kommission könne auf Grund ihrer Kenntnis des Sachverhalts die bestimmte Erklärung abgeben, daß Hoffmann im Falle Ritter sich darauf beschränkt habe, die aus Washington kommenden Mitteilungen und umgekehrt die aus Berlin kommenden zu vermitteln. (Lebhafter Beifall.)

Der Fall Hoffmann-Grimm.

(Eigener Bericht.)

r. **Von der schweizerischen Grenze,** 28. Juni. Die radikal-demokratische Gruppe der Bundesversammlung befaßte sich gestern mit dem Fall Hoffmann-Grimm. Es wurde beschlossen, im Einklang mit dem Bundesrat und der Neutralitätskommission eine besondere parlamentarische Untersuchungskommission für den Fall Hoffmann als überflüssig abzulehnen. Auch ein Antrag Willemin-Bossi, der die Absetzung des Generals und des Generalstabschefs forderte, wurde einstimmig verworfen.

Die Wahl Adors zum Bundesrat.

(Eigener Bericht.)

r. **Von der schweizerischen Grenze,** 28. Juni. Die Wahl Adors in den Bundesrat ist in der Schweiz verschiedentlich aufgenommen worden: in der welschen Schweiz mit großer Begeisterung und Freudenkundgebungen (Artilleriesalven kündeten den Genfern die Wahl), in der deutschen Schweiz mit kühler Zurückhaltung. „Daß diese Wahl", schreibt der „Basl. Anz.", „nach all dem, was vorgefallen, auch in der deutschen Schweiz sofort einmütige Billigung finden werde, das wird man auch im Welschland nicht erwarten. Die Wahl des Herrn Ador bedeutet für die deutsche Schweiz eine Ueberwindung, der sich zu unterziehen, sie nur dadurch fähig war, daß sie den Gedanken in den Vordergrund stellte, daß in diesen schweren Stunden für die Erhaltung der nationalen Einheit ein Opfer gebracht werden müsse." Unter diesem Vorbehalt, daß die Wahl den ersten glücklichen Schritt zur Wiederherstellung der Ruhe und Einigkeit im Schweizer Land darstellt, wird sie von den Blättern begrüßt. Sympathisch hat die Erklärung berührt, mit der der Neugewählte sein Amt annahm. Strenge Achtung der Neutralitätspflichten und Bannung des ausländischen Einflusses hat er feierlich gelobt. Man hat sein Recht, sein lautes, heiliges Versprechen anzuzweifeln, andererseits wird man aber gut tun, den neuen Mann lediglich nach seinen Taten zu beurteilen, und das Vertrauen, das er beansprucht, ihn erst durch seine Amtsführung verdienen zu lassen.

Die außerpolitische Bedeutung der Wahl Adors.

r. **Von der schweizerischen Grenze,** 28. Juni. Die „Neuen Zür. Nachr." schreiben: Was das Verhältnis zur Entente betrifft, so wird der Eintritt Adors in den Bundesrat der Schweiz von jener Seite wahrscheinlich einige „freundlichere Gesten" eintragen, mehr aber sicher nicht. Lasse man doch einmal die heillosen Illusionen fahren, wonach die Haltung der Entente der Schweiz gegenüber noch von Sympathiefragen oder bisherigen Vertragszuständen dirigiert werden könnte. Für die Entente existiert die Schweizerfrage längst nur noch unter dem Gesichtspunkte der zusammenbrechenden Machtinteressen der alliierten Staaten und wird lediglich von diesem Gesichtspunkte aus beraten und behandelt. Dabei nehmen wir nicht einmal üblen Willen bei den leitenden Persönlichkeiten der Entente an, sondern einfach den Zwang der Lage, der ihnen diesen Standpunkt aufnötigt, so sehr er dem innersten Empfinden einzelner derselben widerstreben mag. Darum hat sich mit der Wahl Adors an unserer Innenlage und Außenlage nichts gebessert. Es wird eine gewisse Anstandspause geben. Sie wird alles sein. Als Kuriosum mag erwähnt werden, daß der Bundesrat nun zum ersten Male seit seinem Bestehen aus vier romanischen und nur noch drei Mitgliedern deutschschweizerischen Geblütes besteht. Die ersteren sind Ador, Decoppet, Motta und Calonder, der romanischer Abstammung ist.

Die unruhigen Welschen.

(Eigener Bericht.)

r. **Von der schweizerischen Grenze,** 28. Juni. Das waadtländische liberal-demokratische Parteikomitee hielt gestern abend in Lausanne eine Volksversammlung zur Feier der Wahl Adors ab. Dagegen wäre wirklich nichts einzuwenden, wenn nicht auch bei dieser Gelegenheit wieder in mehr oder weniger taktloser Weise gegen Deutschland gehetzt worden wäre. Großrat Sekretan stellte von vornherein die Versammlung auf einen falschen Ton ein, indem er die Wahl Adors unter dem Gesichtspunkt feierte, daß nun zwischen Romberg und Beau (dem deutschen und französischen Gesandten) das Gleichgewicht wieder hergestellt sei. Andere Redner zogen noch frischer vom Leder. So wetterte Großrat Chavannes „gegen die zahlreichen pangermanistischen Professoren an unseren Universitäten"; Großrat Zwahlen ließ die Versammlung erbleichen vor dem Gespenst „der drohenden wirtschaftlichen Invasion durch Deutschland". Was haben derlei blindwütige Ausfälle gegen Deutschland mit einer Wahlfeier zu tun, wird man sich fragen. Doch nur den Sinn können sie haben, den neuen Mann zu einer antideutschen Politik zu ermutigen!

Bundespräsident Schultheß über die Neutralität der Schweiz.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Genf,** 28. Juni. Der Schweizer Bundespräsident Schultheß äußerte sich einem journalistischen Ausfrager gegenüber über die Politik der Schweiz und sagte: Die Politik der Schweiz ist und bleibt diejenige der strikten und loyalen Neutralität, wie sie durch völkische Zusammensetzung und durch die Traditionen und politische Ueberzeugung fest begründet ist. Von diesem Grundsatz kann und wird die Schweiz niemals abweichen und nie von den Erklärungen des Herrn Ador, des Nachfolgers des Herrn Hoffmann, dessen Patriotismus und echtes Schweizertum jeder Schweizer kennt. Nach der Verfassung liegt die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in der Hand des Bundesrats. Dieser hat nun aus seiner Mitte eine Delegation für auswärtige Angelegenheiten bestellt. Mit dem nächsten Neujahr wird ein Wechsel in der Leitung des Politischen Departements eintreten, indem nach den grundsätzlichen Beschlüssen der jeweilige Bundespräsident Vorsteher des Politischen Departements wird. Der Ersatz eines Mitgliedes des Bundesrats hat bei uns nicht die Bedeutung eines Ministerwechsels wie in anderen Staaten, wo auch oft ein Systemwechsel mit einem Wechsel in dieser oder jener Stelle verbunden ist.

Griechenland.

Das Kabinett Venizelos.

Athen, 28. Juni. (Ag. Havas.) Das Ministerium Venizelos ist vereidigt worden.

Die Aussöhnung zwischen den Offizieren von Athen und denen der nationalen Verteidigung ist zustande gekommen. (W.B.)

Venizelos als Agitator der Entente in Griechenland.

(Eigener Bericht.)

r. **Von der schweizerischen Grenze,** 28. Juni. Den Londoner Blättern wird aus Athen gemeldet, sogleich nach Schluß der Parlamentssession werde Venizelos eine mehrwöchentliche Agitationsreise in Griechenland unternehmen, um die griechische Bevölkerung über die Politik der Entente aufzuklären. Die Venizelisten behaupten, der kretische Staatsmann werde in drei Monaten ganz Griechenland für die Entente gewinnen können. In England selber gibt man sich allerdings nach den Erfahrungen der letzten zwei Jahre keinen allzu großen Illusionen hin. Die englischen Blätter heben ferner nachdenklich den von der russischen Regierung gegenüber dem Vorgehen der westlichen Alliierten eingenommenen Standpunkt hervor und machen auf die Erklärung Kerenskis aufmerksam, die russische Regierung verfolge eine selbständige Auslandspolitik und habe den russischen Truppen strenge verboten, in Athen zu landen.

Italienische Angst wegen Griechenland.

(Eigener Drahtbericht.)

Bern, 28. Juni. „Perseveranza" führt aus, das griechische Volk habe deutlich genug seinen festen Willen zur Neutralität geoffenbart. Frankreich und England seien daher im Irrtum, wenn sie glauben, durch Venizelos die Kriegslust Griechenlands für die Sache der Entente wecken zu können. Italien könne dem Hellenismus nicht gestatten, wichtige italienische Interessen in Südalbanien und im Ostmittelmeer anzutasten. (W.B.)

Amerika.

Die amerikanische Armee.

London, 28. Juni. (Reuter.) Die „Morning Post" erfährt aus Washington, daß die reguläre amerikanische Armee jetzt 250 000 Mann zählt. Die Miliz zählt jetzt 260 000 Mann, das Marinekorps 30 000 Mann, die Marine 120 000 Mann. Außerdem werden 40 000 Mann zu Offizieren ausgebildet und 11 Eisenbahnregimenter aufgestellt, was eine Gesamtzahl von 712 000 Mann gegenüber 327 000 Mann am 6. April ergibt.

Eine neue Freiheitsanleihe. — Die Bewaffnung der Armee.

Washington, 28. Juni. (Meldung der Central News.) Das Schatzamt macht bekannt, daß im September eine neue Freiheitsanleihe ausgegeben werde.

Sekretär Baker fordert einen Kredit von 9,5 Millionen Dollars zum Ankauf von Maschinen zur Gewehrfabrikation. Wenn der Betrag nicht sofort zur Verfügung gestellt werde, so würde die rechtzeitige Bewaffnung der neuen Armee unmöglich werden. (W.B.)

Die Anleihen der Verbündeten.

Haag, 28. Juni. Reuter meldet aus Washington: Der Gesamtbetrag der Anleihen der Vereinigten Staaten an die alliierten Länder hat nun einschließlich der 15 Millionen Dollar an England und der 10 Millionen Dollar an Frankreich die Gesamtsumme von 1 Milliarde Dollar überschritten.

Der Seekrieg.

Weitere 21 700 Tonnen versenkt.

Berlin, 28. Juni. (Amtlich.) **Neue U-Booterfolge im englischen Kanal, in der Biscaya und in der Nordsee: 5 Dampfer, 4 Segler mit 21 700 Bruttoregistertonnen. Unter den versenkten Schiffen befinden sich die französischen Segler „Ernestine" mit Grubenholz nach England und „Eugénie", der portugiesische Dreimast-Gaffelschoner „Amphitrite" mit 300 Tonnen Butter, Kakao und Wein nach Frankreich, ferner ein großer bewaffneter Tankdampfer von über 8000 Bruttoregistertonnen, ein bewaffneter Dampfer von etwa 3000 Tonnen und ein tief beladener großer Frachtdampfer, die beide aus Geleitzügen herausgeschossen wurden. Zwei weitere versenkte Schiffe hatten Kohlen geladen.**

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

*

Rotterdam, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem „Maasbode" ist das französische Schiff „Marseille" (3335 T.) infolge eines Zusammenstoßes gesunken. — Als vermißt gelten die norwegische Bark „Blanca" (1505 T.) und der englische Dampfer „Bellerophon" (8954 B.R.T.), der Dampfer „Belgravien" (2521 B.R.T.), der am 25. November von London nach Neuyork abfuhr, wird als verloren betrachtet. Gesunken sind „Laatefos" (1548 T.), „Spind" (1174 T.), „Eli Lindu" (1084 T.); die Schiffe „Borre", „Cires" und „Michel" sind dem Büro Veritas zufolge am 16. Juni im Mittelmeer gesunken.

Deutsches Reich.

Vom württembergischen Landtag.

(Von unserem Stuttgarter Mitarbeiter.)

× **Stuttgart,** 27. Juni. Die Beratung des Etats des Innern bot heute mehreren Rednern Gelegenheit, ihre Stellung zu den Fragen der Vereinfachung der Staatsverwaltung noch einmal mit Bezug auf die Erklärungen des Ministers des Innern, Dr. v. Fleischhauer, bei der Generaldebatte mehr in die Einzelheiten darzulegen. Eine programmäßige Rede von Dr. Lindemann bot die Grundlage. Der sozialdemokratische Gemeindepolitiker faßte die Sache diesmal bei den unteren Verwaltungseinheiten an; er sieht die Möglichkeit einer Vereinfachung nach dem Gesichtspunkt, mit Aufwand möglichst geringer Mittel den größten Effekt zu erzielen, hauptsächlich in dem Ausbau der Selbstverwaltung in Bezirk und Gemeinde. Er empfahl die Schaffung von 21—25 Oberämtern mit etwa 100 000 Einwohnern unter Berücksichtigung der Verkehrsverhältnisse, ebenso den weitgehenden Zusammenschluß der vielen kleinen Gemeinden, und zwar besser durch völlige Zusammenlegung als durch bloße Personalunion. Dabei wäre gleichzeitig das Gemeindewahlrecht und die Gemeindeverwaltung, besonders durch Abschaffung des Zweikollegialsystems, ebenso die Bezirksverwaltung neu zu gestalten. Ein volksparteilicher Gemeindepolitiker, Oberbürgermeister Dr. Hartenstein, trat diesen Anregungen weithin bei und empfahl beim Zusammenschluß von Gemeinden für eine Uebergangszeit die Personalunion jetzt schon zuzulassen. Zwei Vertreter des Bundes der Landwirte, Stiefel und Rübling, vertraten verschiedene Standpunkte: Ist Stiefel gegen die Abschaffung von Oberämtern und Zusammenlegung von Gemeinden ohne freiwilliges Uebereinkommen, während er der Aufhebung der Kreisregierungen kein unbedingtes Nein entgegenstellt, so stimmte Rübling bezüglich der Oberämter und der Gemeinden Dr. Lindemanns Vorschlägen ziemlich zu, schlägt aber bezüglich der Kreisregierungen deren Ausbau nach dem Vorbild der preußischen Regierungsbezirke vor. Minister des Innern Dr. von Fleischhauer verwies im wesentlichen auf seine Ausführungen bei der Generaldebatte, betonte aber die großen sachlichen und parlamentarischen Schwierigkeiten einer so durchgreifenden Neuregelung. Der Redner der Soz. Vereinigung, Hornung, beschränkte sich auf die Forderung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts. — Bei einer Reihe einzelner Kapitel gab es noch längere und kürzere Erörterungen; einigen Kapiteln versagte die Soz. Vereinigung ihre Zustimmung.

Die 7. Kriegsanleihe.

Der dem Reichstag zugegangene Nachtragsetat zum Staatshaushaltsetat sieht zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Flüssigmachung der Summe von 15 Milliarden im Wege des Kredits vor.

Kriegsgewinn-Rausch.

Die Lehren des Prozesses Kupfer.

—ar. **Berlin,** 28. Juni.

Der für etwa Wochenfrist anberaumte Berliner Prozeß gegen Frau Meta Kupfer dauert wohl erst zwei Tage, allein schon zeigt es sich, daß er im Grunde ein anderes Bild aufweist, als es vorausgesetzt worden war. Wenn man geglaubt hatte, es würden in diesem Prozesse der Hauptsache nach pikante Geheimnisse aus dem Berliner Westen zur Sprache kommen, nur üppige Dinge aus der Verschwiegenheit eleganter Kaiserdammwohnungen und dergleichen, so war das ein Irrtum. Im Prozeß Kupfer wird beinahe ausschließlich von Geschäften gesprochen, von Geldsummen, Warenmengen, lauter sachlichen und an sich wenig interessanten Gegenständen. Es wäre auch verfehlt, in Frau Kupfer eine ungemein verschlagene, mit allen Wassern gewaschene und maßlos raffinierte Dame zu vermuten, die planmäßig und bewußt, wie eine zweite Madame Humbert, ihre Mitmenschen betrogen hat. Ein solches Verbrechergenie ist sie nun keineswegs. Im Gegenteil: Die Angeklagte macht den Eindruck vollkommener Bedeutungslosigkeit, ihre geistigen Gaben erscheinen recht mittelmäßig und man kann nicht einmal sagen, daß ihre Persönlichkeiten etwas Faszinierendes anhafte, so daß sich vielleicht daraus die „großen Erfolge" ihrer Geschäfte erklären ließen. Frau Kupfer hat vielmehr, sogar halb unbewußt, in einer ungeheuren Leichtfertigkeit, die gewiß Strafe verdient, bestehende Verhältnisse ausgenutzt und ist, ohne recht zu wissen wie, in einen Millionenschwindel hineingeglitten, den man ihr verblüffend leicht gemacht hat.

Dabei sind ihre Opfer keineswegs unkundige oder weltfremde Leute, sie gehören nicht einer Gesellschaftsschicht an, die sich sonst durch billige Worte und große Phrasen schnell überreden und überzeugen ließ, sondern man hat es mit Persönlichkeiten zu tun, denen für gewöhnlich Geschäfte, auch solche größeren Umfanges, nicht fremd zu sein pflegen und die also auch dem Kupferschen Betrieb kaum so ganz ahnungslos gegenüber gestanden haben dürften. Was den Ausschlag für den überaus raschen Aufschwung dieses Betrugsunternehmens gegeben hat, war die ganze Atmosphäre, in der die Angeklagte sich bewegte, oder vielmehr, in die sie hineingeriet. Die Luft hier war erfüllt von einer unbegreiflichen Gier nach gewaltigen Verdiensten, jeder wollte Gewinn einheimsen und jeder wollte über Nacht oder binnen weniger Wochen Reichtümer ernten. Wenn Frau Kupfer im Verlaufe des Prozesses erklärte, alle hätten gemeint, im Kriege müsse sich viel verdienen lassen und auch sie sei der gleichen Ansicht gewesen, so spricht sie damit bedauerlicherweise die reine Wahrheit. Bedauerlich deshalb, weil die Gesinnung, die sie hier bei ihren Geschäftsfreunden — und es waren derer eine ganz stattliche Reihe — charakterisiert, einer Auffassung entspricht, für die kein Ausdruck der Verurteilung scharf genug ist. Es scheint tatsächlich in breitesten Kreisen die Ueberzeugung vorzuherrschen, im Kriege müsse eine günstige Konjunktur unter allen Umständen rücksichtslos ausgenutzt werden und man dürfe die gute Gelegenheit nicht versäumen, vom reichlich sich ergießenden Goldregen seinen Teil zu ergattern. Nur unter diesen Vorbedingungen, die eben bereits gegeben waren, konnte es Frau Kupfer möglich sein, ihre Spekulationen auf die Vertrauensseligkeit zu beginnen, und daß sie glückten, zeugt davon, wie wenig man sich in den Kreisen, die jeden Kriegsgewinn für erlaubt halten, Bedenken und Skrupeln hingibt.

Bekanntlich hat Frau Kupfer bei ihren Geldgebern und Teilhabern dadurch besonderen Eindruck hervorgerufen, daß sie durch Hilfe falscher Stempel und gefälschter Verträge, durch nachgeahmte Unterschriften, den Glauben hervorrief, sie habe militärische Lieferungsaufträge. Was soll man nun dazu sagen, wenn Leute, die bei jedem zweiten Worte den „Patriotismus" im Munde führen, keinen Anstoß daran nahmen, ja sogar darauf drängten, bei derartigen Aufträgen, die doch angeblich für die Armee sein sollten, binnen zwei Wochen 20 und 30 Prozent Gewinn zu bekommen? Jeder, der solche „Verzinsungen" einstrich, mußte sich doch unbedingt darüber klar sein, daß solche Geschäfte ausgesprochen wucherischer Natur seien, und daß von dieser Bewucherung der Staat, d. h. die Allgemeinheit betroffen wurde. Es ist seltsam, daß auch heute noch bei den Zeugenaussagen darüber keine Gewissensbedenken zu bestehen scheinen, daß derartige Geschäfte zulässig seien. Jeder der Zeugen läßt in seiner Aussage mehr oder weniger deutlich durchblicken, er habe in gutem Glauben gehandelt und von den Betrügereien nichts geahnt. Das letztere hat natürlich seine Richtigkeit, aber keiner der Zeugen beweist irgendwelche Verlegenheit darüber, wenn es nun offenkundig wird, daß er sich an den wucherischen Lieferungen beteiligt habe. Mit Empörung sieht man sich hier einer Moralauffassung gegenüber, die um so bedrückender wirkt, da sie, wie es scheint, wenigstens vorläufig, straflos bleibt.

Bern, 28. Juni. In dem großen Betrugsprozeß gegen Frau Martha Kupfer, der seit einigen Tagen die Geschworenen beschäftigt, wurde heute zum erstenmal die genaue Höhe der durch Frau Kupfers Hände gegangenen Summen bekannt gegeben. Der Konkursverwalter bezifferte entgegen der Aussage der Frau Kupfer, die ihre Einnahmen auf 3 Millionen angab, die gesamten Einnahmen mit 6 700 000 Mk., denen allerdings Gesamtausgaben von ungefähr gleicher Höhe gegenüberstehen.

Großherzogliches Hoftheater.

Vom Bureau wird uns geschrieben:

Heute abend findet das einmalige Gesamtgastspiel des Kgl. Hoftheaters Stuttgart mit „Mona Lisa" unter der persönlichen Leitung des Komponisten, Generalmusikdirektor Max v. Schillings, statt. Die Oper wurde noch von dem früheren Mitglied des hiesigen Hoftheaters, dem verstorbenen Hofrat E. Gerhäuser, einstudiert.

Mittwoch, den 4. Juli findet die Erstaufführung des Lustspiels „Der Schwarzkünstler" von Emil Gött statt. Dieses froh-heitere Spiel des nur zu früh verstorbenen badischen Dichters wird mit seinem flotten Dialog und der Fülle anmutigster Charakterisierungen, insbesondere der Hauptfigur, das Interesse aller Theaterfreunde beanspruchen dürfen. Es ist die letzte Erstaufführung, die das Schauspiel am Schluß der diesjährigen Spielzeit bringt.

Vom Wetter.

Wetterbericht des Zentralbureaus der Meteorologie und Hydrographie vom 28. Juni 1917.

Voraussichtliche Witterung am 29. Juni:
Meist heiter, mäßig warm.

Witterungsbeobachtungen d. Meteoro.og. Station Karlsruhe.

Orts-Zeit:	Barom. mm	Therm. in C	Abjol. Feucht.	Feucht. i. Proz.	Wind	Himmel
27. Juni Nachts 10 26 U.	—	20,8	13,0	72	—	bedeckt
28. Juni Morgs. 8 26 U.	—	17,9	11,4	75	—	wolkig
28. Juni Mittags 2 26 U.	—	26,0	13,5	55	—	halbbed

Höchste Temperatur am 27.: 24,4, niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 14,2. Niederschlagsmenge, gemessen am 28. früh: 0,9 mm. (m z.)

Wasserstand des Rheins am 28. Juni früh:
Schusterinsel 245, gefallen 7, **Kehl** 331, gefallen 1, **Maxau** 507, gefallen 2, **Mannheim** 421, gefallen 6.

Baden-Baden „Regina".
Erstklassiges Familienhotel, das ganze Jahr geöffnet, inmitten eigenen großen Gartens, nächst dem Kurhaus gelegen. Gute Verpflegung. **J. Lippert.**

Aus Baden.

Hofbericht.

Karlsruhe, 28. Juni. Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm heute vormittag die Vorträge der Minister Dr. Hübsch und Dr. Freiherrn von Bodman entgegen. Nach 11 Uhr reiste Seine Königliche Hoheit für einige Tage nach Schloß Königstein.

Amtliche Mitteilungen.

Das Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen hat den Justizsekretär Gustav Schneider beim Landgericht Mannheim zum Revisor beim genannten Ministerium ernannt.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat den Obereisenbahnsekretär Max Oehmke in Pforzheim zur Zentralverwaltung in Karlsruhe versetzt.

Die Badische Obstversorgung.

Bei der Abfassung der Vorschriften in Ziffer 3 und 4 der Bekanntmachung vom 2. Juni 1917 war die Bad. Obstversorgung davon ausgegangen, den unmittelbaren Verkehr zwischen Erzeugern und Verbrauchern möglichst ungehindert aufrecht zu erhalten. Deshalb wurde das zulässige Höchstgewicht, bis zu dem ein freier Verkehr (ohne Versandpapiere) zugelassen werden sollte, auf 25 Kilo festgesetzt, weil in der Regel zum Obstversand Körbe von 30—40—50 Pfd. Verwendung finden. Dies geschah trotz der schlechten Erfahrungen, die im Jahre 1916 mit einem so weitgehenden Entgegenkommen gemacht waren. Wir bemerken dazu, daß unsere Nachbarstaaten Hessen und Württemberg für jede Sendung ohne Rücksicht auf das Gewicht Begleitpapiere und strenge Beachtung der allgemeinen Vorschriften verlangen. Genau wie im vergangenen Jahre ist auch diesmal wieder das weitgehende Entgegenkommen der Obstversorgung in ungeheurem Umfang mißbraucht worden. Tausende von scheinbaren Ausflüglern, Männer, Frauen u. Kinder, haben sich seit Beginn der Frühobsternte, insbesondere an Sonntagen, in die wichtigsten Obstbaugebiete Badens begeben, ausgerüstet mit Körben und sonstigem Verpackungsmaterial aller Art, um von den Erzeugern, die Haus bei Haus aufgesucht wurden, vielfach unter Ueberschreitung des Höchstpreises, große Mengen Frühobst anzukaufen und als Handgepäck oder Traglast fortzuschaffen.

Wo die Körperkräfte der Familienangehörigen nicht ausreichten, solch große Lasten bis zur nächsten Bahnstation zu tragen, wurden Hilfskräfte, häufig auch Soldaten, gegen Entschädigung damit beauftragt. In gewissen obstreichen Gebieten waren Körbe usw. schon tagelang vorher bereitgestellt und ein organisierter Beförderungsdienst sorgte dafür, daß die gefüllten Körbe von gewissen Sammelstellen oder von den Grundstücken der Erzeuger rechtzeitig abgeholt und an die Bahn gebracht wurden. An einzelnen für den Obstverkehr besonders wichtigen Stationen waren Persönlichkeiten mit zahlreichen Hilfskräften zu jedem Zuge, namentlich aber gegen Abend bereit, um für einen raschen Abtransport der Obstmengen in den Personenwagen zu sorgen.

Auf diese Weise ist nach den Schätzungen Sachverständiger zwei- bis dreimal, örtlich sogar noch mehr Obst fortgeschafft worden, als dies der Geschäftsstelle der Badischen Obstversorgung bisher möglich war.

Bei solchem Vorgehen handelt es sich nicht mehr um einen unmittelbaren Verkehr zwischen Erzeuger und Verbraucher in den sonst üblichen mäßigen Grenzen, sondern um einen organisierten unerlaubten Handel, der unter Umgehung aller behördlichen Vorschriften nur bestrebt ist, das Frühobst über die badische Grenze zu schaffen und in den leicht erreichbaren benachbarten Großstädten zu sehr hohen Preisen mit ungeheurem Gewinn abzusetzen. Zur Beseitigung dieses wilden, die Interessen der Allgemeinheit rücksichtslos schädigenden Treibens wurde die freie Beförderung des Obstes von 25 Kilogramm auf 2 Kilogramm wie im Vorjahr herabgesetzt. In Zukunft wird außerdem gegen jeden, der bei Uebertretung dieser Vorschrift betroffen wird und eine Genehmigung zum Handel mit Obst gemäß § 9 der V.-O. vom 3. April nicht besitzt, strafend eingeschritten werden.

Größere Obstmengen können selbstverständlich auch in Zukunft vom Erzeuger an den Verbraucher abgegeben werden, wenn bei deren Versand die allgemeinen Vorschriften über die zu verwendenden Begleitpapiere, die bei den Vertrauensmännern der Geschäftsstelle oder bei den Bürgermeistern erhältlich sind, befolgt werden. (Halbamtlich.)

Weinheim, 28. Juni. An den meisten Orten der Bergstraße ist die Kirschenernte zu Ende. Sie ist besser ausgefallen, als es zuerst den Anschein hatte. In die einzelnen Orte sind viele tausende Mark durch den Kirschenverkauf geflossen. In Dossenheim berechnet man den Gesamtertrag auf mehr als 150 000 Mark. Der Versand der Johannisbeeren und Stachelbeeren hat begonnen.

:: **Sulzbach** bei Mosbach, 28. Juni. Durch Feuer wurde das Anwesen des Landwirts Heinrich Straub fast völlig in Schutt und Asche gelegt. Von den Fahrnissen konnte so gut wie nichts gerettet werden.

:: **Achern,** 28. Juni. In den letzten Tagen fand in der Acher ein allgemeines Fischsterben statt. Bei Prüfung durch Fischereisachverständige ergab sich, daß das Wasser von ruchloser Hand vergiftet worden ist.

Engen, 28. Juni. Vorläufig werden aus dem Amt Engen 67 Kirchenglocken dem Kriege geopfert werden. Die Glocken der Pfarrkirche bleiben wegen ihres hohen Alters (3 stammen aus dem Jahre 1602) und wegen ihres künstlerischen Wertes erhalten.

Konstanz, 27. Juni. Die fünf Glocken der Stefanskirche sind nun zum Abtransport bereit. Gestern wurden auch vom kleinen Münsterturm das sog. Meß- und Evangelienglöcklein abgenommen. — Die Kirschenernte ist in der Seegegend reichlicher, als man vorher einschätzte. Die besseren Sorten werden diese Woche gepflückt. In manchen Orten gibt es Landwirte, die 20—40 Zentner Kirschen liefern können. In den letzten Tagen sind die Verbraucher in großer Zahl von Konstanz nach Hagnau, Stetten, Daisendorf gefahren, um sich ihren Bedarf zu holen. Von jetzt ab dürfen nur noch 6 Pfund über den See befördert werden. — Sein 25jähriges Priesterjubiläum kann in dieser Woche Herr Prof. Dr. Hahn in Konstanz feiern.

de. **Vom Schwarzwald,** 28. Juni. Das prächtige Wachstumswetter hält überall auf dem Schwarzwald an und zeigt sich, da kurze aber ausgiebige Gewitterregen und Nachttau stets für notwendige Durchfeuchtung des Bodens sorgen, am schönen Stand der Getreide- und Kartoffelfelder. Die Gärten, gegen die letzten Friedensjahre in größeren Orten nicht selten über fünfmal mehr, liefern schon verschiedene Gemüse. Auch die Aussichten auf gute Obsterträgnisse sind dauernd günstig. Die Heidelbeeren, ein im Krieg bei allen Schwarzwäldern ganz besonders geschätztes Nährmittel, gehen schnell der Reife entgegen. An den steinigen Halden und Felshängen blühen auch Himbeer- und Brombeeren in voller Schönheit und versprechen Unmengen dieser köstlichen Früchte.

Diözesansynode der Diözese Karlsruhe-Stadt.

(Eigener Bericht.)

Unter dem Vorsitz von Dekan Ebert wurde am Mittwoch nachmittag in der Kleinen Kirche die diesjährige Diözesansynode der Diözese Karlsruhe-Stadt abgehalten. Seit der letzten Tagung sind die Synodalen Kirchengemeinderat Louis Bornhäuser von Bruchsal und Oberlehrer a. D. Heinrich Gerner von Mühlburg durch den Tod abgerufen worden.

Dekan Ebert eröffnete die Verhandlungen mit Gebet und Ansprache über das Wort: „Ich muß wirken die Werke des, der mich gesandt hat" (Joh. 9, 4). Jeder muß durchdrungen sein von dem Bewußtsein: Auch ich habe ein Gotteswerk in dieser Welt auszurichten, nämlich den sittlichen und religiösen Kräften in unserem Volk zum Sieg zu verhelfen. In diesem heiligen Müssen dürfen wir nicht müde werden. Nach Mitteilungen des Dekans über die Ausführung der vorjährigen Beschlüsse und den Bescheid des Oberkirchenrats auf die letztjährige Diözesansynode erstattete er den diesjährigen Diözesanbericht. Bedauert wird vor allem, daß fast durchweg die mittleren Klassen der Karlsruher Volksschulen während der Kriegszeit wöchentlich nur eine Religionsstunde haben, ein Mißstand, der seine Ursache in dem Mangel an Lehrkräften und Schullokalen hat. Oberlehrer Schumacher berichtete über die Diözesankassenrechnung für 1916, während Kommerzienrat Dürr den Voranschlag für 1917 mitteilte.

Im Mittelpunkt der Tagung stand der Vortrag von Sadtpfarrer Schilling über: „Was muß und was kann die Kirche der Reformation tun, damit unser Volk nicht geschädigt, sondern mit innerem Gewinn aus dem Weltkrieg hervorgeht?" Die Schädigungen, die unser Volk an seiner Seele durch diesen Krieg erlitten hat, sind heute schon unverkennbar (sittliche Zustände, Verhalten eines Teils des weiblichen Geschlechts gegenüber den Kriegsgefangenen, Roheit, Wuchergeist usw.). Daß diese Schädigungen aufgehoben werden und daß unser Volk mit innerem Gewinn aus dem Weltkrieg hervorgehe, muß die dringendste Sorge der Kirche sein. Auf keinen Fall dürfen wir verzagen. Erschütternde Zeiten sind religiös fruchtbare Zeiten. Darum soll sich die Kirche in dieser Saatzeit nicht auf die Verteidigung beschränken, sondern den Kampf gegen Unglauben, Freigeisterei, Unsittlichkeit usw. suchen. Die Waffe der Kirche der Reformation ist Gottes Wort und seine freie Verkündigung und Anwendung auf unsere seelischen Bedürfnisse und unsere äußere Lage. Die Kirche als solche, d. h. als organisierte Macht soll zu den großen sittlichen Fragen unseres Volkslebens (Volksvermehrung, Prostitution, Unzucht in Schrift, Bild und Theater, Sonntagsfrage, Wohnungsfrage) in eindrucksvollen Kundgebungen der Kirchenregierungen, der Generalsynoden, des deutschen Kirchenausschusses und unter Umständen im Verein mit der katholischen Kirche offen Stellung nehmen und die Gemeindeglieder direkt auffordern, sich in der angegebenen Richtung zu betätigen. Eine energische Liebestätigkeit der Kirche zur Heilung der äußeren Kriegsschäden ist unerläßlich. Voraussetzung einer fruchtbringenden Tätigkeit auf allen Gebieten ist die Einigkeit und Geschlossenheit der Kirche und ihrer Diener. Die Parteigegensätze müssen zurücktreten, Parteiwünsche müssen schweigen.

An der Aussprache beteiligten sich vor allem Geheimer Oberregierungsrat Flad und Stadtpfarrer Hesselbacher in längeren Ausführungen. Ersterer betonte die Pflicht der Kirche, ihr Augenmerk auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Gemeindeglieder zu richten, während letzterer darauf hinwies, daß in Predigt und persönlicher Aussprache der reformatorische Grundgedanke des Staatsorganismus mehr als bisher in die Volksseele gesenkt werden müsse.

Auf Antrag von Stadtpfarrer Hindenlang wurde sodann auch in diesem Jahr die Erhebung einer Diözesankollekte für die evangelische Kirche in Oesterreich beschlossen. Bei den Erneuerungswahlen in den Diözesan-Ausschuß wurden die bisherigen Ausschußmitglieder: Stadtpfarrer Werner-Bruchsal und Kirchengemeinderat Schlebach-Karlsruhe wiedergewählt, ersterer zugleich auf ein weiteres Jahr zum Stellvertreter des Dekans.

Zur Aufhebung des Jesuitengesetzes nahm die Synode Stellung durch einstimmige Annahme folgender Entschließung: „Die Diözesansynode Karlsruhe-Stadt spricht ihr schmerzliches Bedauern aus über die Aufhebung des Jesuitengesetzes im Gedächtnisjahr der Reformation. Sie erwartet von den Evangelischen der Diözese nun um so mehr ein treues Festhalten an den Gütern der Reformation und ein freudiges Bekenntnis zum evangelischen Glauben. Sie fordert mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit alle Glieder der Diözese auf, sich an der Arbeit des Evangelischen Bundes zu beteiligen in lebendiger Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen."

Mit Gebet wurde die Synode um ½7 Uhr von Dekan Ebert geschlossen. K. F.

Aus dem Stadtkreise.

Das Amtliche Verkündigungsblatt Nr. 72 (Karlsruher Tagblatt) für den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe enthält u. a. Bekanntmachungen über Beschlagnahme und Bestandserhebung von Stab-, Form- und Moniereisen, den Verkehr mit Zentrifugen und Buttermaschinen, Beschlagnahme von Kautschuk- (Gummi-) Billardbande, Ermittlung der Leistungen deutscher Wasserstraßen sowie der Schiffahrts- und Umschlagsbetriebe, Höchstpreise für Fleisch und Wurst, Ausdehnung der Schlachthofordnung auf die Stadtteile Beiertheim und Rüppurr, Verkehr auf der Rheinbrücke, Bekämpfung der Pferderäude, die Müllabfuhr, die Reinigung und Instandhaltung der Alb und der Heglach.

U-Boot-Spende. Prinz und Prinzessin Max haben der U-Boot-Spende den Betrag von 3000 M. zugewendet.

Einmachzucker für Militärpersonen. Militärpersonen, die Mitglied einer hiesigen Haushaltung sind, können ebenfalls Einmachzucker beziehen, wenn sie sich bei der Kartenstelle zum Bezug ihrer Lebensmittel einschreiben lassen für die Firmen, bei denen die übrigen Familienglieder eingeschrieben sind. Wenn das geschehen ist, können die Militärpersonen noch nachträglich die gleiche Menge Einmachzucker beziehen, die auch die übrigen Familienglieder erhalten haben.

Städt. Konzerthaus. Eröffnungsvorstellung am 30. Juni: „Die Csardasfürstin". Das sehr geschickt gearbeitete Textbuch handelt von der Herzensangelegenheit einer jungen Operetten-Durchlaucht. Emmerich Kalman hat zu diesen Vorgängen eine fesselnde und geistvolle Musik geschrieben. Seine bald zarte, bald herbe Melancholie hat Eigenart. Eine Reihe von Gesang- und Tanznummern haben das Zeug, populär zu werden. Das graziöse Duett „Mädel guck", dem flotten Walzer „Tanzen möcht ich", ein packendes Tanzquartett und das empfindsame Lied der Sylva mit dem stimmungsvollen Moment „Das Glück wohnt überall, denn überall wohnt die Liebe", möchten wir besonders hervorheben.

Standesbuch-Auszüge.

Eheaufgebote. 28. Juni: Johannes Rist von Niederotterbach, Mechaniker hier, mit Frieda Hoch von Königsbach; Anton Benz von hier, Monteur hier, mit Theodora Hettich von Offenburg.

Eheschließungen. 28. Juni: Robert Hölzer von hier, Schlosser hier, mit Hilda Birnbach von Durmersheim; Erich Hammel von Berlin, Kaufmann hier, mit Elise Ruf von hier; Josef Steimel von hier, Polsterer und Dekorateur hier, mit Marie Schuhmacher von Neresheim; Matthäus Biron von Dürkheim, Küfer hier, mit Barbara geb. Berner von Neckarbischofsheim; Adolf Herold von hier, Schalttafelwärter hier, mit Emilie Klingenfuß von hier.

Todesfall. 27. Juni: Luise Gamer, alt 17 Jahre, Küchenmädchen.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbener. Freitag, den 29. Juni 1917. 2 Uhr: Franz Münzer, Schneider, Goethestraße 24.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Der Stand der Reichsbank am 23. Juni.

Zum ersten Male seit Beginn des Krieges ist nach dem Ausweis vom 23. d. Mts. eine Abnahme des Goldbestandes, und zwar um den immerhin erheblichen Betrag von ℳ 76.47 Millionen auf ℳ 2456.87 Millionen eingetreten. Bei Ablauf des Juli 1914 hatte der Goldvorrat 253 Mill. betragen und war bis zum 15. Juni 1917 in ununterbrochener Folge bis auf ℳ 2533 Mill. gestiegen, wohl in der Zwischenzeit Gold in immerhin noch bedeutenden Beträgen ausgeführt wurde. Dank großen Goldzuflüssen aus dem Verkehr und aus dem Publikum konnten bis zum 15. Juni immer Erfordernisse des Auslandes für Warenlieferungen aus den jeweiligen Eingängen gedeckt und trotzdem ein Ueberschuß in die Kassen der Reichsbank geleitet werden. Gegenüber der Verminderung des Goldbestandes zeigt der Bestand an Silber usw. eine weitere Zunahme um ℳ 8.8 auf ℳ 58.6 Millionen. Der Bestand der Reichsbank an Reichskassenscheinen ist mit ℳ 1798 um 0.28 Mill. größer als am 15. Juni, der Bestand der Reichsbank an Darlehenskassenscheinen hat um ℳ 3.1 auf ℳ 3[illegible] Mill. zugenommen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Reichsbank von den Darlehenskassen ℳ 74.6 Mill. Darlehenskassenscheine empfing, weil deren Umlaufsbestand, zum Teil im Zusammenhang mit dem dritten Pflichteinzahlungstermin auf die sechste Kriegsanleihe, sich um ℳ 74.6 auf ℳ 4865.6 Mill. erhöht hat. In den Verkehr mußte die Reichsbank ℳ 71.5 Mill. Darlehenskassenscheine leiten, empfing an Reichsbanknoten ℳ 4.3 Mill. zurück, daß deren Umlauf sich auf ℳ 8219.7 Mill. vermehrte. Der immerhin große Bedarf an Zahlungsmitteln, auf den die Ausgabe des erheblichen Betrages an Darlehenskassenscheinen hinweist, dürfte zum Teil mit dem Herannahen des Ultimo, zum Teil aber auch damit im Zusammenhang stehen, daß die Auszahlungen der Zinsscheine auf die Kriegsanleihen, soweit sie Januar-Zinsscheine Kupons tragen, in der letzten Woche begonnen haben. Die bankmäßige Deckung der Reichsbank hat eine Zunahme um ℳ 112.1 auf ℳ 9586.3 Mill. erfahren, die gesamte Kapitalanlage um ℳ 113.7 auf ℳ [illegible] Mill. Auch hierbei sind die Anforderungen des Ultimos in Betracht zu ziehen, während die Vermehrung der fremden Gelder um ℳ 332 auf ℳ 5145 Mill. in erster Reihe durch die Einzahlungen auf die Kriegsanleihe beeinflußt worden sein dürfte. Der Posten „Sonstige Aktiva" hat in der Berichtswoche eine Erhöhung um ℳ 232.64 auf ℳ 1360 Mill. erfahren, wobei es sich um die Einlösung von Zinsscheinen für Rechnung des Reiches handelt.

Einzahlungen auf die sechste Kriegsanleihe.

In der Zeit vom 15. bis 23. Juni sind ℳ 3[illegible] Mill. neu eingezahlt worden, so daß die gesamte Einzahlung bis zu dem genannten Tage ℳ 12 51[illegible] Mill., gleich 96.4 Prozent des bisher bekannt gewordenen Zeichnungsergebnisses von ℳ 12 978.94 Mill. beträgt. Pflichtgemäß brauchten bis zum 21. Juni nur 75 Proz. voll bezahlt zu sein. Die Darlehenskassen gewährten in der Berichtswoche für Zwecke der Einzahlungen auf die sechste Kriegsanleihe Darlehen von ℳ 66.1 Mill., wodurch die gesamten Darlehen für die sechste Kriegsanleihe auf ℳ 344.3 Mill., gleich 2.75 Proz. des voll bezahlten Anleihenennwertes, gestiegen sind.

Börsen- und Finanzmeldungen.

Berliner Börse.

Berlin, 28. Juni. An der Börse herrschte für Industriewerte das Angebot entschieden vor. Man sah darin den naturgemäßen Rückschlag nach der nur zeitweise ein wenig unterbrochenen Aufwärtsbewegung. Glattstellungsverkäufe im Hinblick auf die bevorstehende Ferienzeit dürften den größten Teil des Angebots gebildet haben. Größere Kurseinbußen waren im allgemeinen nicht zu verzeichnen, da die andauernd zuversichtliche Grundstimmung einen Widerstand bot. Gut behauptet blieben Phönix, eine Besserung erfuhren Bembergaktien. Der Anlagemarkt blieb im allgemeinen bei stillem Geschäft gut behauptet.

Berlin, 28. Juni. Devisen unverändert. (W.

Stimmen aus dem Publikum.

(Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Glocken und Denkmäler.

Wie aus verschiedenen Zeitungsaufsätzen bekannt geworden ist, sollen Glocken und Bronzekunstwerke dem Kriegsgott zum Opfer dargebracht werden. So schwer dieses Opfer scheinen mag, so darf doch nicht verkannt werden, daß beide Gruppen von Metallwaren zu den entbehrlichen gehören. Auffallenderweise ist aber noch nichts darüber verlautet, daß es gute und schlechte Glocken gibt und daß es auch unter den Bronzekunstwerken viele gibt, denen niemand eine Träne nachweinen würde. Es wäre wünschenswert, wenn zunächst nur Glocken von unreinem Ton zum Feuertod verurteilt würden, und selbst bei Werken von „historischem Wert" brauchte man hiervon keine Ausnahme zu machen. Denn die Beleidigung des Ohres, die sich bei jedem Läuten wiederholt, wird durch den Umstand nicht gemildert, daß die Mißtöne von einer Reliquie hervorgebracht werden. Bei den figürlichen Kunstwerken darf der historischen Bedeutung ein viel größeres Gewicht beigelegt werden, sind sie doch Lehrmittel fürs Volk. Neben wohlgelungenen Geläuten von reinem Zusammenklang sollten daher wertvolle Denkmäler so lange wie möglich verschont werden. Die Auswahl sollte Sachverständigen übertragen werden.

Handschuhe
Schleier
Schirme
Krawatten
Herrenwäsche
Hosenträger
Socken
empfiehlt
H. Bodmer
vorm. L. Oehl Nachf.
Kaiserstraße 112
früheres
Tiroler Handschuhgeschäft.

Großes Fabriklager in
Eisschränken
für
Haushaltungen u. Gastwirtschaften.
Verkauf zu Originalpreisen.
Dittmar & Blum G. m. b. H.
Karlstraße 60 - Karlsruhe - Telephon 80.

Mietverträge
sind zu haben in der C. F. Müllerschen Hofbuchhandlung m. b. H., Ritterstr. 1, 2. Stock, sowie in der Expedition des Karlsr. Tagblattes.

Fliegergefahr!
Einschluß des Risikos in die Unfallversicherung prämienfrei!
Man wende sich unverzüglich an
Subdirektor **Hölzle**
Karlsruhe, Friedenstraße 10. Telephon 1495.

Trauerhüte
in größter Auswahl bei
L. Ph. Wilhelm
Telephon 1609. Karlsruhe. Kaiserstr. 205.
Rabatt-Spar-Verein

Umzüge werden noch angenommen
K. Mulfinger,
Lessingstr. 20. Tel. 1700.

Schöne
Schlaf-, Wohn- und Speise-Zimmer Küchen etc.
gut und billig
H. Karrer
Philippstraße 19.

Zur gefl. Beachtung!
Bei telephonischen Abbestellungen von Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.
Geschäftsstelle des
Karlsruher Tagblattes

Israelitische Gemeinde.

Freitag, den 29. Juni: Abendgottesdienst 7.30 Uhr.

Samstag, den 30. Juni: Morgengottesd. 9.00 Uhr. Jugendgottesd. 3.00 Uhr. Sabbatausgang 10.20 Uhr.

An Werktagen: Morgengottesdienst 7.00 Uhr. Abendgottesdienst 7.30 Uhr.

Israel. Religionsgesellschaft.

Freitag, den 29. Juni: Sabbatanfang 8.00 Uhr.

Samstag, den 30. Juni: Morgengottesd. 8.00 U. Schülergottesdienst 3.00 U. Nachmittagsgottesdienst 5.00 Uhr. Sabbatausgang 10.35 Uhr.

An Werktagen: Morgengottesdienst 6.30 Uhr.

Sonntag, den 1. Juli: Morgengottesdienst 6.45 Uhr. Abendgottesdienst 8.15 Uhr.